

# Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim Dezember 2011, 21. Jahrg.

## Wir wollen eine bessere Gesellschaft!

LINKE beschloss erstes Parteiprogramm Ende Oktober in Erfurt

Von Sebastian Walter  
„Von Victor Hugo stammt der Satz, dass nichts mächtiger ist als eine Idee, deren Zeit gekommen ist. Dieser Satz stand am Beginn unseres Weges. Aus meiner Sicht stimmt dieser Satz noch heute. Er steht dafür, dass die LINKE kein Selbstzweck ist, sondern dass es sie gibt, weil sie gebraucht wird. Und das stimmt heute mehr denn je, wenn Zockerbanken die Bürger ausrauben und der Rest der politischen Konkurrenz zuschaut.“ sagte der Linksparteivorsitzende Klaus Ernst auf dem Parteitag im Oktober in Erfurt. Das Programm wurde mit Spannung erwartet. Es war nicht klar, ob die LINKE sich ein Programm geben wird, dass von der Mehrheit getragen wird. Konnte überhaupt ein Programm der Vielfältigkeit an Positionen in der LINKEN Rechnung tragen und die vielen verschiedenen Lebens-

fahrungen in Ost und West beachten? Das politische Establishment der BRD sehnte das Ende dieses Projektes in der politischen Landschaft Deutschlands herbei. Doch nach vielen Monaten der Zerstrittenheit sind Konflikte überwunden und die LINKE ist wieder da. Diese Partei ist



Parteitag. Foto: FM

das erfolgreichste politische Projekt seit der deutschen Wiedervereinigung. Die Debatte um den Mindestlohn, die mittlerweile sogar in der

CDU geführt wird, die Absichtserklärung zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und auch die Diskussionen über die Ungerechtigkeiten in diesem Land würde es ohne die LINKE in dieser Form nicht geben. In einer Zeit, in der die Demokratie immer weiter im Interesse

von Banken und Konzernen ausgehöhlt wird, in der der Profit Weniger über die Interessen der Mehrheit in diesem Land gestellt wird

und Kriege weltweit auch mit deutscher Beteiligung möglich sind, ist dieses Programm nötiger denn je. Mit über 96 Prozent wurde das erste Parteiprogramm der LINKEN beschlossen. Die Gründungsphase ist damit abgeschlossen und nun geht es darum, weiterhin dieses Land zu verändern. Ob in Regierung oder Opposition – die LINKE wird weiterhin die Interessen der Mehrheit vertreten. Sie kämpft für den Mindestlohn, für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und für die Beschränkung der Bankenmacht. Die LINKE hat bewiesen, dass sie handlungsfähig ist. Jetzt kommt es darauf an, das Programm in alltägliche Politik umzusetzen – in Deutschland, in Brandenburg und auch im Barnim. Die LINKE ist weiterhin verlässlich, wenn es um eine demokratische, soziale und friedliche Gesellschaft geht.

## Bürgerhaushalt in Bernau

2012 werden erstmals drei Vorschläge realisiert

Von Margot Ziemann  
Die Stadt Bernau hat auf Vorschlag der LINKEN-Fraktion einen Bürgerhaushalt eingeführt. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt hatten erstmals die Möglichkeit, mit eigenen Vorschlägen an der Haushaltsplanung für das Jahr 2012 mitzuwirken. Diese Form der direkten Bürgerbeteiligung fand in der Stadt erfreulichen Zuspruch. Wie gut das funktionierte, hat selbst den vorher skeptischen Finanzdezernenten Ralf-Peter Hennig überrascht. Als er das Ergebnis auf der Oktobersitzung der Stadtverordneten verkündete, war er des Lobes voll und versprach, das Verfahren im nächsten Jahr noch etwas zu

vereinfachen. 148 Bürger-Vorschläge waren im Rathaus eingegangen. Viele davon beschäftigten sich mit dem Ausbau und der Sanierung von Spiel- und Bolzplätzen für Kinder und Jugendliche. Aber auch Buswartehäuschen, der Wiederaufbau der Freilichtbühne im Stadtpark, die Unterstützung von Transportmöglichkeiten für Schwerbehinderte und Fahrradabstellanlagen waren gefragt. Natürlich lassen sich nicht alle Vorschläge sofort verwirklichen. 20 Bürger-vorschläge wurden vom Finanzausschuss der SVV ausgewählt und der Bürgerschaft erneut zur Bewertung vorgelegt. Die Resonanz war erfreulich. 752 Bewertungsbögen gin-

gen ein. Jeder Bewohner, jede Bewohnerin konnte fünf Punkte vergeben. Aus dieser Bewertung ergaben sich drei klare Favoriten: Der Bau eines Kinderspielplatzes im Ortsteil Lindow erhielt 701 Punkte. Die Modernisierung und Sanierung des Kinderspielplatzes im Blumenhag erzielte 345 Punkte. Die Errichtung von zusätzlichen Fahrradständern in der Innenstadt wurde mit 281 Punkten bewertet. Die Stadtverordneten beschlossen im Oktober einstimmig, diese Vorhaben des Bürgerhaushaltes in den Haushalt der Stadt für 2012 aufzunehmen und mit 50.000 € zu realisieren. Leider fand der Vorschlag,

den Spielplatz im Stadtpark mit Spielgeräten und Rutsche für Kleinkinder zu ergänzen, wie es sich viele junge Eltern gewünscht hatten, nicht die erforderliche Mehrheit in der zweiten Runde der Abstimmung. Aber er und viele andere sinnvolle Vorschläge bleiben auf der Agenda. Manches davon sollte die Stadtverwaltung auch ohne Votum umsetzen. Der Auftakt zum Bürgerhaushalt ist gemacht. „Wir werden dran bleiben“, so versicherte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Dagmar Enkelmann, „und wollen im nächsten Jahr die Summe für den Bürgerhaushalt auf 100.000 € erhöhen. Dann können noch mehr Bürgervorschläge realisiert werden.“

In dieser Ausgabe:

HOKAWE  
Eberswalde

Rekommunalisierung  
um jeden Preis? **Seite 2**

Parteiprogramm

Breite Zustimmung **Seite 3**

Die Krise in  
Europa

Künstler rufen zum  
Widerstand auf **Seite 4**

Starke Kommunalfinanzen

Rot-Rot wirkt **Seite 5**

Bürgerbeteiligung

Neue Wege in Bernau  
**Seite 6**

Energiewende

Nicht zum Nulltarif, meint  
Wirtschaftsminister  
Christoffers **Seite 7**

Jugendseite

Informationen **Seite 8**

Die LINKE wirkt!

11 Millionen für die Bildung;  
Gerichtsstrukturen  
**Seite 10**

Patientenquittung

Wie teuer bin ich meiner  
Krankenkasse?  
**Seite 11**

**Beschlossen:  
Das Programm!  
Und nun?**

OW Beitrag/ph

Die Barnimer LINKE will das neue Parteiprogramm diskutieren. Sie stellt sich die Frage, welche Folgen die im Programm beschlossenen Positionen für die konkrete Politik der LINKEN im Barnim und in Brandenburg haben. Moderieren wird der Barnimer Kreisvorsitzende Sebastian Walter. Gäste sind herzlich willkommen. Die Veranstaltung findet am **9. Januar 2012, ab 18.30 Uhr im Treff 23 (Breitscheidstraße 43a) in Bernau statt.**

## Braunen Terror endlich ernst nehmen!

Von Sebastian Walter,  
Kreisvorsitzender LINKE

*Der rechte Terror hat seinen vorerst traurigen Höhepunkt gefunden. Es wurde bekannt, dass eine Gruppe von mindestens drei Rechten jahrelang unbemerkt durch Deutschland gezogen ist und 9 Menschen getötet hat. Ein unfassbares Verbrechen, dass doch die*

### Kommentar

*Unfähigkeit der Politik im Umgang mit diesem Thema zeigt. Jahrelang wurde der Rechtsextremismus verharmlost. Bis heute behauptet die Bundesregierung, dass „nur“ ca. 40 Menschen von Neonazis umgebracht wurden, obwohl sich viele Experten einig sind, dass seit der Wende mindestens über 150 Menschen ermordet wurden. Antifaschisten wurden nicht selten kriminalisiert und braune Demonstrationen gehörten zum alltäglichen Bild in Deutschland. Nun taten einige Politiker so, als ob die rechte Gesinnung aus dem Nichts gekommen wäre. Die Behörden in Deutschland haben völlig versagt und das ist ein Skandal. In diesem Zusammenhang wird immer wieder über ein NPD-Verbot nachgedacht. Ein Verbot wäre wichtig, um den alten und neuen Nazis die finanzielle Unterstützung des Staates zu entziehen. Die grundsätzlichen Probleme werden aber nicht gelöst. Der Alltagsrassismus, die Ausgrenzung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern geht bis in die Mitte dieser Gesellschaft und ist tief verwurzelt. Hier muss auch angesetzt werden. Die Bundesregierung hat völlig falsch gehandelt, als sie die Programme gegen Rechtsextremismus kürzen wollte. Das ist zum Glück nun zurückgenommen. Die Menschen aller demokratischen Parteien müssen nun gemeinsam handeln! Die Arbeit von vielen Demokraten darf nicht mehr kriminalisiert werden, sondern bedarf direkter Unterstützung vor Ort. Hier werden wir als LINKE Barnim weiter dafür streiten, dass die Demokratie verteidigt wird. Die Umtriebe der Nazis in Biesenthal und Finowfurt müssen endlich ein Ende finden. Weiteres Wegschauen oder Verharmlosen wäre das falsche Signal.*

# Übernahme HOKAWE

## Kreistagsfraktion lehnt ab Der Landrat und das HOKAWE

Von Margitta Mächtig  
Unsere Fraktion hat nach ersten Diskussionen zum Erwerb des HOKAWE durch den Landkreis dieses Vorhaben abgelehnt. Für uns LINKE geht es um die Frage, ob es vertretbar ist, diese Investition in das Konzept Erneuerbar aufzunehmen. Die Überlegungen zum notwendigen Holzbedarf und damit verbundene Transportwege sowie die Frage, ob Holz als langsam nachwachsender Rohstoff tatsächlich durch den Schornstein gehört, sagen uns mehrheitlich NEIN. Warum interessiert sich zum Beispiel nicht mal EWE, unser regionaler Energieversorger, für den Erwerb des HOKAWE? Was ist passiert in einem Landkreis, in dem die wirtschaftsorientierte CDU einer Kommunalisierung zustimmt und die LINKE es ablehnt? Wir haben die Diskussionen um den Erhalt des Altenpflegeheims in Finow nicht vergessen, für dessen Modernisierung und Erweiterung kreisliche Mittel nicht zur Verfügung stehen. Die LINKE nimmt zur Kenntnis, dass der Jugendhilfeausschuss ohne

ordentliche Verwaltungsvorlagen über 50.000 € für den SV Preußen und 30.000 € für Motor Eberswalde entscheidet. Die LINKE nimmt zur Kenntnis, dass Mittel für überregionale Kinder- und Jugendprojekte fehlen, weil auf Kreisebene keine Mittel für diesen Bereich zur Verfügung stehen. Und im Jugendamt wird der Streit um die finanzielle Zuständigkeit für eine hilfebedürftige junge Frau zu Lasten derer geführt, die ihr Arbeit und Unterkunft gaben bzw. geben. Die 500.000 € für den Zoo stehen auch im kommenden Haushalt nicht zur Disposition. Klarstellen will ich aber auch: Wenn der energetische Wirtschaftskreislauf in seiner Gänze in den Händen der Kommunen läge und ein Energieträgermix realisierbar wäre, dann stünde die Frage anders! Unser Vorschlag: Überprüfung der Möglichkeiten der Stadtwerke Bernau und der Errichtung weiterer Stadtwerke zur Übernahme einer eigenproduzierten und verteilten Energieversorgung und Entwicklung des Konzeptes für einen Energiemix.

Von Volker Passoke  
Mitglied des Arbeitskreises  
Auf dem Kreistag am 21. September wurde beschlossen, Sinn oder Unsinn des Kaufs des HOKAWE zu prüfen. Hierzu wurde ein Arbeitskreis einberufen, der sich mit dieser Frage auseinandersetzen soll, wobei natürlich Sachverstand von außen eingeholt werden muss. Zunächst wurden die Fragen der Fraktionen im Zusammenhang mit dem Kauf eingeholt, die voraussichtlich zu vier thematischen Gruppen zusammengefasst und abgearbeitet werden sollen. Einige wesentliche Fragen sind:  
- Lässt sich das HOKAWE dauerhaft wirtschaftlich betreiben, wenn die Abwärme ins Fernwärmenetz eingespeist wird?  
- Gilt dies auch, wenn die Wärme zu einem Festpreis durch die EWE abgenommen wird?  
- Wie wirkt sich der eventuelle Verlust des Holzpelletwerkes als Wärmeabnehmer aus?  
- Reichen die verfügbaren Ressourcen an Holz?  
- Wie gut ist die Emissions-

Bilanz, wenn das Holz als Brennstoff aus größeren Entfernungen per LKW angefahren werden muss?  
- Wie hoch ist die Belastung für die Eberswalder Bürger durch Feinstaub und CO<sup>2</sup>?  
- Ist Fernwärme noch die Lösung der heutigen Zeit, wenn man den Rückgang der Einwohnerzahlen besonders in dem größten Einzugsgebiet, dem Brandenburgischen Viertel, betrachtet. Schon die kleine Auswahl an Fragen zeigt, dass schnelle Antworten nicht möglich sein werden. Da sich der Landrat aber in den Kopf gesetzt hat, bereits im Februar des kommenden Jahres den Kreistag entscheiden zu lassen, ob das Werk gekauft wird, ist eine ernsthafte Diskussion kaum möglich. Es geht hier mehr um das Durchpeitschen eines Planes, als um eine wirkliche Beteiligung der Abgeordneten. Wieder einmal werden wir nur zum Schein beteiligt, ohne dass aufgrund des Zeitdrucks eine wirkliche fundierte inhaltliche Auseinandersetzung mit einem derart komplexen Thema möglich ist.

### Kontakte zur LINKEN im Barnim

Alle Sitzungen von Fraktionen und Vorständen der LINKEN im Barnim sind öffentlich. Gäste sind immer willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Sie können sich deshalb vorab informieren:

**Wahlkreisbüro Dr. Dagmar Enkelmann:** Tel.: 03338-459543, im: Bürgerzentrum Bernau, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de, Spätsprechstunde: Donnerstag, 3. März, 19 bis 20.30 Uhr

**Wahlkreisbüro Sabine Stüber:** Tel.: 03334-385155  
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-mail: sabine-stueber@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Margitta Mächtig:** Tel.: 03334-385488,  
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-mail: maechtig@dielinke-barnim.de

**Wahlkreisbüro Dr. Michael Luthardt:** Tel.: 03334-385155  
im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Str. 46, 16225 Eberswalde, E-mail: michael.luthardt@dielinke-barnim.de

**Wahlkreisbüro Ralf Christoffers:** Tel.: 030-94393058 bzw. 0172-994-7650, Fax: 030-94393059;  
Am Amtshaus 2-2a, Shop3, 16341 Panketal, E-mail: christoffers@dielinke-barnim.de

**Kreisvorstand:** 25. Januar und 15. Februar 2012, Ahrensfelde und Eberswalde, Geschäftsstelle

**Kreistagsfraktion:** Tel.: 03334-22026, Email: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de

23. Januar und 20. Februar 2012, 18.15 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Alte Eiche“

nächster Kreistag: 29 Februar, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

**Stadtfraktion Bernau:** 11. Januar 2012, 18 Uhr, Hussitenstr. 1,

Stadtverordnetenversammlung: 26. Januar 2012, 16 Uhr, Stadthalle Bernau;

fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252, Fax: 03338-907251

**Stadtfraktion Eberswalde:** 9. und 23. Januar 2012, 6. und 20. Februar 2012 jeweils 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde, Stadtverordnetenversammlung: 26. Januar 2012 und am 23. Februar 2012 18 Uhr, Haus Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

**Regionalgruppe Cuba sí:** bernau@cuba-si.org

[!solid]: solid-eberswalde@web.de **Basisgruppe Schorfheide:** jeden 1. Donnerstag/Monat, 19 Uhr, Am Treidelsteg 6

**Basisgruppe Werneuchen:** 6. Januar und 3. Februar, jeweils 19 Uhr, „Partykeller am Bahnhof“

**OW-Spendenkonto:** Die LINKE Barnim, Konto: 31 200 514 29, bei: Sparkasse Barnim; BLZ: 170 520 00;

Verwendungszweck: Spende OW. Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung am Jahresende.

### Impressum

**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

**Kontakt:** Geschäftsstelle der LINKEN Barnim, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde,

Tel.: 03334-385155, Fax: 03334-385156, **E-mail:** offeneworte@dielinke-barnim.de,

**download:** www.dielinke-barnim.de, **virtuelle Redaktion:** Berit Christoffers, Veiko Kunkis, Lutz Kupitz, Margitta Mächtig, Wolfgang Sachse, André Stahl (ViSdP), Margot Ziemann **Auflage:** 17.000

**nächster Redaktionsschluss:** 27. Januar, **nächster Erscheinungstermin:** 17. Februar

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn während kürzen.

# Breite Zustimmung zum neuen Parteiprogramm

Mitgliederversammlung der Barnimer LINKEN wählte Delegierte zum Landes- und Bundesparteitag

Von Wolfgang Kraficzkyk  
Mehr als 100 GenossInnen folgten am 5. November der Einladung des Kreisvorstandes zur turnusmäßigen Vollversammlung im Bernauer Steintor-Saal. Knapp zwei Wochen nach dem Erfurter Parteitag, der das neue Grundsatzprogramm der LINKEN beschloss, stand sie naturgemäß im Zeichen der damit verbundenen Aufbruchstimmung. Und so griff auch gleich der Kreisvorsitzende Sebastian Walter in seiner einführenden Rede den einenden Gedanken aus Erfurt auf: „Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.“ Mit Blick auf die gegenwärtigen Turbulenzen an den Finanzmärkten forderte er die Verstaatlichung der Großbanken, das Verbot der Hedgefonds, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie eines flächendeckenden Mindestlohns. „Wir stehen mit unseren Forderungen an der Seite der Mehrheit der Bevölkerung“, gab sich Walter sicher und formulierte als nächste Aufgabe, das Parteiprogramm

breit zu propagieren. Aber auch die Umsetzung der programmatischen Zielstellung in der Politik auf Landes- und Kreisebene müsse fortgeführt werden. Dazu gehörten u. a. eine inhaltliche Ausgestaltung der Barnimer Bildungsinitiative und eine soziale Kommunalpolitik. „Die LINKE Barnim wird immer dann aufstehen und sich widersetzen, wenn die soziale Gerechtigkeit gefährdet wird“, betonte er. Und in Hinblick auf die rot-rote Regierungskoalition in Brandenburg äußerte er die Erwartung, dass „wir deutlicher machen, was wir bis jetzt erreicht haben“ und zugleich klar benennen, „wenn wir etwas nicht gegenüber der SPD durchsetzen können“. In diesem Zusammenhang wiederholte er seine Skepsis gegenüber den geplanten Kürzungen der Landesregierung im Bereich Bildung und Wissenschaft. In der nachfolgenden Diskussion wurden diese Aspekte weiter vertieft. So verwies die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig darauf, dass Koalitionspart-

ner nicht unbedingt Freunde seien, sondern in erster Linie Arbeitspartner und Konkurrenten. Dennoch habe sich die Zusammenarbeit mit der SPD als fruchtbringend erwiesen wie die vereinbarte Einstellung zusätzlicher neuer Lehrer beweist. Lutz Kupitz erinnerte daran, dass mit dem neuen Gesetz

und die Erleichterungen für Volksinitiativen und – begehren, auch wenn der Widerstand der SPD gegen Unterschriftensammlungen auf der Straße nicht überwunden werden konnte. Darüber hinaus kamen verschiedene kommunale Fragen und das Ringen der Vertreter der LINKEN um soziale Lösungen in den Redebeiträgen zur Sprache – von der Altanschießerproblematik über den Neubau von Kitas, der Betreuung von Jugendclubs bis zum insolventen Holzkraftwerk in Eberswalde. Der demokratische Sozialismus beginnt eben im Alltag.

Ach ja, gewählt wurde auch noch: Die Barnimer LINKE wird auf dem nächsten Bundesparteitag von Ulrike Glanz, Irene Koeppen, Angelika Mai und Sebastian Walter vertreten. Für den Landesparteitag wurden Christine Poppitz, Margitta Mächtig, Monika Braune, Irene Koeppen, Sebastian Walter, Thomas Sohn, Christian Rehmer und Dominik Rabe als Delegierte bestimmt. Mit einem gesonderten Beschluss wurde die Unterstützung für die Kandidatur von Thomas Sohn für den Landesvorstand festgestellt. Ulrike Glanz und Frank Müller vertreten den Barnim im zukünftigen Landesausschuss. Die Kandidatur von Angelika Mai für den Bundesausschuss der Partei wurde ebenfalls mit einem Beschluss unterstützt.



Kreisvorsitzender Sebastian Walter hält die Eröffnungsrede.

Foto:WK

zur Vergabe öffentlicher Aufträge der Einstieg zur Festlegung einer Lohnuntergrenze gelungen sei. Neue Akzente enthalte auch die Wirtschaftsförderung in Brandenburg, die u. a. an soziale Aspekte gekoppelt werde. Linke Politik sei auch sichtbar in einer erhöhten Transparenz des Regierungshandelns und im engeren Dialog mit den Beteiligten. Auf die Haben-Seite des linken Koalitionspartners gehöre sicher auch die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre

## Eberswalder LINKE beschließt Strukturänderung

Wahlkreise bilden Grundlage für neue Struktur

OW-Beitrag/ kw  
Die Eberswalder LINKE hat auf ihrer letzten Gesamtmittgliederversammlung die Veränderung ihrer Parteistruktur beschlossen. Die bisher im Stadtverband organisierten sieben Basisorganisationen werden künftig zu zwei Organisationseinheiten vereint. Grundlage des Beschlusses war eine zuvor durch die Arbeitsgruppe Struktur erarbeitete Analyse zur Organisation der vorhandenen Basisgruppen, ihren Aktivitäten, der Zusammensetzung und der vorhandenen Alters-

struktur. Die neuen Strukturen sollten sich an den derzeit gültigen Wahlkreisen für die Kommunalwahlen orientieren. Gemäß dem gefassten Beschluss sind die GenossInnen und SympathisantInnen aufgerufen, sich bis Ende Dezember 2011 zu personellen Vorschlägen zur Leitung und zu Vorschlägen zur Organisation der neuen Basisgruppen zu äußern. Angeregt wurde durch den Stadtvorstand, die künftigen Basisgruppen mit einem Vorsitzenden bzw. einer Vorsitzenden und 2–3 Lei-

tungsmitgliedern zu besetzen. So kann jede bisherige Basisgruppe in der Regel mindestens einen Vertreter aus der jetzigen Gruppe in die neue Basisgruppenleitung entsenden. Anregungen und Vorschläge werden auch zu künftigen Versammlungs-orten und ortsnahen politischen Aktivitäten erwartet. Lösungen sind zu finden, um bisher in der Parteiarbeit sowohl altersbedingt als auch arbeitsbedingt nicht mehr aktiv sein könnenden Genossen und Genossinnen in Arbeit und Ziele der LINKEN.

einzubinden bzw. darüber zu informieren. Der Stadtvorsitzende Torsten Duckert rief alle MitgliederInnen und SympathisantInnen der LINKEN. auf, sich aktiv in den Umstrukturierungsprozess einzubringen. Durch die Neuorganisation entsteht die verbesserte Möglichkeit, die Politik der LINKEN vor Ort unmittelbar und direkt zu gestalten. Künftig werden in beiden Basisorganisationen Stadt- und Kreistagsabgeordnete direkt vertreten sein. Eine gute Voraussetzung für anstehende Wahlen ab 2013.

## Bürgerbüro in Panketal am neuen Standort

OW Beitrag/wk

Das Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten der LINKEN, Ralf Christoffers, ist aufgrund von Baumaßnahmen am alten Standort umgezogen und befindet sich jetzt im „Panketmarkt“ hinter dem Panketaler Rathaus unweit des S-Bahnhofs Zepernick. Die neue Anschrift lautet: **Am Amtshaus 2-2a, Shop3.** Die neue Telefon-Nr. lautet: 030-94393058 sowie 0172-994-7650, Fax: 030-94393059.

Persönliche Vorsprachen sind wie bisher mittwochs und freitags von 9 bis 13 Uhr sowie montags und donnerstags von 13 bis 17 Uhr möglich. Für Gesprächswünsche außerhalb dieser Zeiten wird um vorherige Anmeldung gebeten.

## Hilfe für Geburtsklinik in Tadschikistan

Von Bärbel Mierau

Große Resonanz hatte der Spendenaufruf der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann für die Geburtsklinik in Duschanbe (Tadschikistan) gefunden. Viele haben persönlich in ihren Wahlkreisbüros neue Kleidung, gepflegte gebrauchte Sachen, selbst Gestricktes für Babys, Spielzeug oder Wärmelampen für Wickeltische abgegeben. Dafür allen ein großes Dankeschön. Die Spenden werden über die tadschikische Botschaft in Deutschland an die Geburtsklinik weitergegeben. Dagmar Enkelmann hatte im Sommer die Klinik besucht und die schwierigen Bedingungen kennen gelernt. In Tadschikistan gehört Säuglingssterblichkeit zu den höchsten weltweit.

## Neujahrsturnier Groß Schönebeck

OW-Beitrag/phb

Die Schachfreunde Groß Schönebeck im Finowfurter SV e.V. laden zum 4. Neujahrsturnier am **14. Januar 2012** in die Kleine Grundschule Groß Schönebeck ein, Berliner Str. 24, 16244 Schorfheide. Meldeschluss ist am 12. Januar 2012. Kontakt und Anmeldung: Peter Harbach, Tel.: 033393 - 659 80, kontakt@schach-schorfheide.de

## Bürgermobil Michael Luthardt

OW-Beitrag/jm

Das Bürgermobil ist an folgenden Orten anzutreffen:

**16. Januar, 13. Februar, Schönwalde**, Nähe Kirche, Höhe Schlecker-Markt: 10 bis 11 Uhr;

**Basdorf**, Parkplatz nahe REWE-Markt/Durchgang Markt: 11.15 bis 12.45 Uhr; **Wandlitz**, Prenzlauer Chaussee/Ecke Bernauer Chaussee: 13 bis 13.45 Uhr; **Wandlitz**, Bahnhof Wandlitzsee: 13.50 bis 14.30 Uhr; **Klosterfelde**, vor Edeka-Markt: 14.45 bis 15.45 Uhr;

**19. Januar, 16. Februar: Rüdnitz**, Wohnpark Parkplatz Bürgermeisterstraße: 9 bis 10.30 Uhr; **Biesenthal**, Marktplatz: 10.45 bis 12.30 Uhr; **Zerpenschleuse**, Friedensplatz: 13 bis 14 Uhr; **Marienwerder**, vor Gemeindezentrum: 14.15 bis 15 Uhr;

**20. Januar, 7. Februar: Ahrensfelde**, Höhe Sparkasse, Lindenberger Str. 1: 9 bis 10 Uhr;

**Werneuchen**, Marktplatz: 10.30 bis 12 Uhr;

**09. Januar, 6. Februar: Niederfinow**, Ortsmitte, vor Konsum: 9 bis 9.30 Uhr; **Oderberg**, vor ehemaligem Rathaus: 10 bis 11.30 Uhr; **Lunow-Stolzenhagen**, Edeka-Markt Richtung Parstein: 12 bis 13.30 Uhr; **Brodowin**, Nähe Kirche: 13.45 bis 14.15 Uhr; **Britz**, Nähe Bahnhof: 14.35 bis 15.35 Uhr

## Enkelmann berichtet über Zentralasien

OW-Beitrag/bm

Am **19. Dezember, 15 Uhr** lädt die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann zu einem Vortrag in die Begegnungsstätte der Gemeinde Rüdnitz, Bahnhofstr. 12 (am Bahnhof) ein. Im Juni 2011 leitete Enkelmann eine Delegationsreise des Deutschen Bundestags nach Kasachstan und Tadschikistan. In vielen Bildern erzählt sie von ihren Besuchen bei Organisationen und Glaubensgemeinschaften, in Krankenhäusern, Bildungseinrichtungen, Kleinunternehmen, in landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekten. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen unter Tel.: 03338-459543.

# „Occupy“: Profiteure zur Kasse!

OW-Beitrag/fm  
Am 15. Oktober fanden erstmals in über 80 Ländern gemeinsame Proteste der inzwischen weltweiten „Occupy“-Bewegung gegen die Diktatur der Banken und multinationaler Konzerne, gegen Kriege, Rassismus und Umweltzerstörung, für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Bürgerrechte statt. Die LINKE solidarisiert sich mit dieser Bewegung.

In Berlin zog der lange Protestmarsch unter dem Motto „Wir sind die 99 Prozent“ vom Roten Rathaus über die Straße Unter den Linden, vorbei am Sitz des Deutschen Bundestages zum Bundeskanzleramt. Unter den Teilnehmern des Protestzuges „Occupy Berlin“ waren auch Barnimer LINKE. Insgesamt gingen in Deutschland in vielen Städten Zehntausende auf die Straße.



Demonstration in Berlin Foto: Frank Müller

## Wir zahlen nicht für eure Krise!

1700 KünstlerInnen in Deutschland:  
Um ihre Banken zu retten, würden sie sogar unsere Akropolis verhöckern.

OW-Beitrag/ WL  
Um ihr Spielgeld zu behalten, würden sie auf den Kölner Dom die Ebay-Fahne pflanzen. Und um ihre Renditen zu sichern, marschiert die Staatsgewalt gegen die Demokratie auf den Syntagma-Platz und die Plaza del Sol. EZB und IWF, EU-Regierungen und Bankenverbände, sie schotten Europa ab, ziehen Mauern hoch, machen das Mittelmeer zu einem Massengrab und errichten in der Mitte Europas neue Armenhäuser. Für uns dagegen gilt nach wie vor die richtige Losung: **Wir zahlen nicht für eure Krise!** Es geht um die Umverteilung von oben nach unten. Nicht die Banken sind zu retten, sondern die Existenzen von Menschen, von Familien, von Frauen und Kindern,

von RentnerInnen. Nicht die Banken sind zu retten, sondern soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Nicht die Banken, sondern unsere europäische Kultur. Wir, die Künstlerinnen und Künstler der Initiative [www.unruhestiften.de](http://www.unruhestiften.de) begrüßen und unterstützen die Occupy-Aktionen, die vor Wochen an der New Yorker Wallstreet begannen und sich weltweit am 15.10.2011 manifestiert haben. Diese Bewegung eint Menschen in ihrem Protest gegen die asozialen „Lösungen“ der Krise. Weltweit wehren sich Menschen gegen zunehmende Ausgrenzung und Nationalismus, gegen Diskriminierung und Rassismus. Für uns linke Kulturschaffende in Deutschland ist dieser Ansatz eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen auch in Zukunft

unseren Beitrag dazu leisten, dass mehr und mehr Menschen sich organisieren und gemeinsam ihre Zukunft gestalten. Um dabei erfolgreich zu sein, brauchen wir auch die Gewerkschaften, die Friedensbewegung, die Kirchen, soziale und ökologische Bewegungen, und andere demokratische Kräfte. Wir UnruhestifterInnen leisteten schon in der Vergangenheit aktive Beiträge dazu (z. B. durch die Organisation des Berliner Konzertes STOP RACISM& WAR) und engagieren uns mit unseren künstlerischen Mitteln. Wir, KünstlerInnen und Kulturschaffende, sind bei den Camps vor der Europäischen Zentralbank, in Berlin und anderen Städten dabei. Viele namhafte KünstlerInnen, Kulturschaffende und andere Persönlichkeiten

haben den Aufruf bislang unterstützt. Mit dem Projekt „Unruhe stiften“ entstand ein neues breites Netzwerk und eine Kontaktliste linker Kulturschaffender in Deutschland. KünstlerInnen, die diesen Aufruf unterstützen, stehen für linke Inhalte - und für die Stiftung von Unruhe! Sie unterstützen in ihrem Umfeld Bewegungen, Aktionen und Veranstaltungen zu den Inhalten des Aufrufes. Die Zeitschriftensammlung geht zeitlich unbegrenzt weiter.

Wir würden uns freuen, wenn wir gemeinsam an möglichst vielen Orten der Republik Unruhe stiften! Kontakt: [www.Unruhestiften.de](http://www.Unruhestiften.de) - c/o Werner Lutz, Tel. 09131/404671

## Europa für die Menschen

Von Helmut Scholz, Europaabgeordneter der LINKEN

Zu dem auf Einladung des Europäischen Parlaments in Slubice stattgefundenen Deutsch-Polnischen Bürgerforum „Europäische Solidarität in Zeiten der Krise: Die Zukunft der EU-Politik“ erklärt der Europaabgeordnete der LINKEN Helmut Scholz: „Das Deutsch-Polnische Bürgerforum zur Zukunft der EU-Politik ist gleich in mehrfacher Hinsicht ein wichtiges Signal: Hier gibt es ein Gegenmodell zu den Regierungsberatungen, bei denen in Hinterzimmern Geheimpolitik betrieben wird. Hier stellen sich Europaabgeordnete dem offenen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, um die besten Lösungen für die EU und ihre Krise zu finden, Lösungen, die nicht von den

Banken diktiert werden. Und das Forum in Slubice belegt zugleich: Eine tragfähige Europäische Politik kann nicht ohne die demokratische Mitsprache und Mitbestimmung gestaltet werden. Dies zeigt sich in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise besonders augenfällig. „Rettungsschirme“ für Banken und Geldspritzen, mit denen drohende Verluste von Spekulanten verhindert werden sollen, werden hinter verschlossenen Türen von Finanzministern und EU-Kommission ausgehandelt und gehen zu Lasten der breiten Bevölkerung in allen Staaten der Europäischen Union. Finanzjongleure, Börsenspekulanten und andere Profiteure der Krise werden nach wie vor nicht

durch ein europäisches Regelwerk gezügelt; statt dessen sind die Parlamente in Fragen der Hilfspakete in ihrer Kompetenz beschnitten, der Steuer- und Lohndumpingwettbewerb weiter angeheizt und eine Europäische Sozialunion auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben worden. Angesichts dessen ist Solidarität ein Gebot der Stunde. Nicht zuletzt Deutschland, das durch seine Wirtschafts-, Handels- und Steuerpolitik Staaten wie Griechenland immer tiefer in die roten Zahlen getrieben hat, steht in der Pflicht, sich für Krisenlösungen einzusetzen, die nicht auf dem Rücken der Menschen umgesetzt werden. Dies muss ein erster Schritt hin zu einer dauer-

haften Umgestaltung der EU sein, die die Interessen der Bevölkerung und nicht jene von Banken und Wirtschaft in den Mittelpunkt stellt. Nur auf diesem Wege kann die europäische Idee ihre Akzeptanz zurückgewinnen und gestärkt werden. Dass diese Idee lebt, hat die Begegnung in Slubice gezeigt: Das Interesse am Partner jenseits der Grenze und an einer vertieften Zusammenarbeit ist sehr groß, nicht nur in wirtschaftlicher, ebenso in kultureller und gesellschaftlicher Hinsicht. Die daraus wachsenden Initiativen darf die EU nicht bremsen, sondern muss sie fördern. Ein Europa gegen die Menschen und ohne ihre Mitsprache und Mitentscheidung darf und kann es nicht geben.“

# Regionalkonferenz Angermünde

LINKE setzt Dialog mit den Bürgern zur Regierung in Brandenburg fort

Von: Wolfgang Krafczyk  
Rund 150 Bürgerinnen und Bürger nutzten am 4. November im Einstein-Gymnasium in Angermünde die Gelegenheit, um mit den Ministern und Fraktionsmitgliedern der LINKEN im Land direkt ins Gespräch zu kommen.

Es war eine von vier Veranstaltungen in diesem Herbst, die bereits zur Tradition geworden sind, seitdem die LINKE in Brandenburg Regierungsverantwortung trägt. Zu Beginn gab der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Stefan Ludwig eine Kurzbilanz des bisher Erreichten. Er verwies unter anderem auf das neue Vergabegesetz mit einer beschlossenen Lohnuntergrenze für Unternehmen, die sich für öffentliche Aufträge bewerben, und auf verschiedene Maßnahmen im Bereich der Bildung, wie z. B. die geplante Einstellung zusätzlicher Lehrer. Erst kürzlich sei beschlossen worden, die Finanzmittel für Bildung und Wissenschaft nochmals aufzustocken. Soziale Gerechtigkeit bleibe der Arbeitsschwerpunkt der Linksfraktion, so Ludwig. Finanzminister Helmuth Markov griff diesen Gedanken auf und machte klar, dass jetzt bereits die Weichen für die nächste Wahlperiode gestellt werden. So drängten sich Fragen nach der ärztlichen Versorgung oder nach Bildungsangeboten im ländlichen Raum unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung auf. Zugleich gelte es, die Haushaltskonsolidierung fortzuführen. Rund 700 Milli-

onen € habe das Land allein jährlich an Schuldzinsen zu zahlen, wobei die Bundeszuweisungen jährlich um 100 Millionen € abnehmen. Die LINKE sei bestrebt, bei notwendigen Einsparungen ihre politische Schwerpunktsetzung nicht zu gefährden. Trotz angekündigter Kürzungen im Bildungsbereich werde unter dem Strich 2012 mehr Geld für Bildung ausgegeben als 2011.

Wirtschafts- und Europa-minister Ralf Christoffers verdeutlichte ebenfalls die Bemühungen, mit reduzierten Mitteln mehr zu erreichen, denn ab 2014 müsse Brandenburg auch mit weniger EU-Fördergeldern rechnen. Gegenwärtig sei die Landesregierung dabei, ihre Wirtschaftsförderung umzustellen. Dabei sollen solche Prämissen wie Energieeffizienz und Schonung von Ressourcen, aber auch soziale Aspekte stärker Berücksichtigung bei der Vergabe von Fördermitteln finden. In enger Zusammenarbeit mit Berlin werde die Wirtschaftspolitik konsequent auf technologischen Fortschritt ausgerichtet. Dafür werden unter anderem Gutscheine für Unternehmen ausgereicht, um mit Forschungseinrichtungen zu kooperieren. Zugleich werden kleine Unternehmen bei der Stärkung ihrer Eigenkapitaldecke durch den so genannten „Brandenburg-Kredit“ unterstützt. In der nachfolgenden Diskussion wurde kaum ein

landes- oder kommunalpolitisches Thema ausgelassen. Nachfragen gab es zur finanziell angespannten Situation der Kommunen, der Infrastruktur, zum öffentlichen Nahverkehr und Schülertransporten, zur Bildungspolitik und anderen Problemen. Schnell entwickelte sich ein reger Dialog zwischen den Konferenzteilnehmern und den linken Politikern. Dabei wurde mitunter auch Kritik an der einen oder anderen Maßnahme der Landesregierung geäußert, was die Vertreter der Regierung und Fraktion zum Anlass nahmen, um auf eine verbesserte Kommunikation zu orientieren. Stefan Ludwig erklärte sinngemäß, dass man sich vorgenommen

für den zukünftigen Landesvorstand der LINKEN vorstellten, dessen Wahl im Februar 2012 ansteht. „Wir wollen uns als Personen rechtzeitig den Bürgerinnen und Bürgern vorstellen und gleichzeitig unsere Ideen für die Gestaltung der Partei und des Landes präsentieren“, begründete Stefan Ludwig diesen Schritt, der als neuer Landesvorsitzender antritt. Diesem Anliegen dient auch die für den 3. Dezember einberufene Konferenz über das Leitbild „Brandenburg 2020: gerecht, solidarisch, nachhaltig“. Damit knüpft die Brandenburger LINKE an ihre Debatte vor 5 Jahren an. Ziel sei es, das Land zu verändern. „Dabei setzen wir



Zur Regionalkonferenz der LINKEN in Angermünde standen auch die Minister in der Landesregierung Rede und Antwort. Foto: WK

habe, die „linke Handschrift des Regierungshandelns“ noch deutlicher zu machen. Dass man es mit Transparenz bei der LINKEN ernst nimmt, zeigte auch der zweite Teil der Regionalkonferenz, als sich Kandidatinnen und Kandidaten

in Kontinuität auf den Dialog als Mittel der Verständigung. Denn wir wollen linke Politik für Brandenburg im Jahr 2020 aus und mit allen Ebenen der Gesellschaft entwickeln“, heißt es in der Einladung zu dieser Veranstaltung.

## Rot-Rot stärkt kommunale Finanzkraft!

Von den Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig und Dr. Michael Luthardt

Über die steigenden Einnahmen des Landes Brandenburg in 2011 und 2012 können sich auch die Kommunen im kommenden Jahr freuen. Das Weiterreichen der in 2012 prognostizierten Mehreinnahmen des Landes an die Kommunen und die Zahlung eines 80-prozentigen Abschlags des kommunalen Anteils an den Mehreinnahmen des Jahres 2011 hat messbar positive Wirkungen für die kommunale Familie. Denn für sie erhöhen sich die allge-

meinen Schlüsselzuweisungen um insgesamt 53,4 Millionen €. Die Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden und kreisfreien Städte werden somit 2012 über 1 Milliarde € betragen. Sie bewegen sich damit fast auf dem gleichen Niveau wie 2008, dem bisher besten Jahr. Die Schlüsselzuweisungen für die Landkreise werden auf insgesamt 389,4 Millionen € erhöht und erreichen einen neuen Höchststand. Rot-Rot stärkt damit die

kommunale Finanzkraft. Denn die Schlüsselzuweisungen sind eine wichtige Säule für die Einnahmen von Gemeinden, Städten und Landkreisen. Trotz schwieriger Lage wird der Landeshaushalt – im Unterschied zu anderen Bundesländern – nicht auf Kosten der Kommunen saniert. Trotzdem bleibt die Situation der öffentlichen Haushalte im Land Brandenburg insgesamt angespannt. Zahlreiche Steuersenkungsgeschenke der neoliberalen Bundesre-

gierungen und das Wachsen der Soziallasten haben in den vergangenen Jahren der öffentlichen Hand massiv geschadet. Deshalb setzt sich die LINKE im Landtag Brandenburg vehement gegen weitere Steuersenkungspläne auf Bundesebene ein. Sie wären zum Nachteil der öffentlichen Finanzen und damit aller Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus muss die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte nachhaltig verbessert werden.

## Zweifelhafte Abgrenzungsmethode

OW-Beitrag/ph

Zum jüngsten Interview der brandenburgischen CDU-Landes- und -Landtagsfraktionsvorsitzenden Saskia Ludwig in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ erklärt die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Brandenburg: In dem Bemühen, sich über die rechtspopulistische „Junge Freiheit“ von „links abzugrenzen“, hat sich Frau Ludwig selbst von den Demokraten im Lande abgegrenzt.

Wer die gerade wiedergewählte CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Ludwig kennt, weiß: Sich von links abzugrenzen, ist bei ihr überflüssig.

Aufschlussreich daran ist allenfalls, dass sie dazu dieses Blatt als Podium nutzt. Ausgerechnet dort „nationale Souveränität“ sowie „Identität und Zusammenhalt“ im „Nationalstaat“ als Allheilmittel gegen Krisenängste zu feiern, ist ein bewusster Schritt der Abgrenzung von solidarischen, europäischen und demokratischen Wegen. Die Frage steht: Will die Landes-CDU weiter dem Kurs dieser selbsternannten „unbequemen Überzeugungstäterin“ ins rechte Abseits folgen?

## LINKE teilt ARD-Auffassung zur Rundfunkgebührenbefreiung von Kleingärtnern!

OW-Beitrag/ph

Die LINKE im Landtag Brandenburg begrüßt die Klarstellung der Rundfunkanstalten der ARD, dass die Größe der Laube zukünftig kein Kriterium für die Erhebung von Rundfunkgebühren ist.

Größere Lauben werden hinsichtlich der Gebührenbefreiung den kleineren Lauben gleichgestellt.

Soweit die Lauben nicht zum dauerhaften Wohnen genutzt werden, besteht für sie auch keine Rundfunkbeitragspflicht.

Damit ist ab 2013 für die Erhebung bzw. Befreiung von der Zahlung von Rundfunkgebühren die Begriffsbestimmung für Kleingärten ausschlaggebend, nicht die Größe der Grundfläche von Lauben.

## Ja zur Rekomunalisierung

Von Wolfgang Sachse

Die Mehrheit der Stadtverordneten in Eberswalde ist von den Vorzügen einer kommunalen Energiewirtschaft überzeugt. Das ist auch bei den LINKEN nicht anders. Das im Ausschuss für Energiewirtschaft vorgelegte Gutachten zur Wirtschaftlichkeit einer Übernahme der Strom- und Gasnetze scheint diese Überzeugung zu stützen. Hier wird die Übernahme der Leitungsrechte favorisiert und als wirtschaftlich beherrschbar dargestellt. Für die LINKE ist das ein überlegenswerter Ansatz, um das formulierte Ziel zu erreichen, kann aber nur ein Anfang sein. Das heißt für die LINKE, Produktionskapazitäten für Elektroenergie und Fernwärme zu entwickeln, vorrangig auf der Basis regenerativer Energien.

In der Folge müssen sich die Stadtverordneten dann aber auch Gedanken über den Vertrieb der erzeugten Energie machen, um den Gesamtprozess in ihre Hand zu bekommen und alle wirtschaftlichen Vorteile kommunaler Energiewirtschaft auch auszuschöpfen. Bis dahin muss beispielsweise eine spezielle Netzbetriebsgesellschaft gegründet werden, da keines der bestehenden städtischen Unternehmen über eine ausreichende Leistungsfähigkeit für diese Aufgabe verfügt. Immerhin begibt sich die Stadt mit dem Vorhaben, Energie in kommunaler Regie zu erzeugen auf einen hart umkämpften und zudem gut organisierten Markt. Deshalb sind für die LINKEN in diesem Prozess drei grundsätzliche Fragen im Auge zu behalten. Erstens ist der Einfluss der Politik auf den Gesamtprozess herzustellen und in der Folge zu bewahren, zweitens muss kommunale Energiewirtschaft nachhaltig wirtschaftlich sein und drittens müssen die Vorteile auch beim Bürger ankommen. Der Streit über den besten Weg der Rekomunalisierung wird zuweilen mit einer bemerkenswerten Schärfe ausgetragen, die häufig auch Lösungen blockiert. Deshalb haben wir uns als Fraktion der LINKEN der Initiative angeschlossen, die Leitungsrechte für einen Zeitraum von fünf Jahren zu vergeben und bis dahin die schwierigsten Probleme zu lösen.

# Demokratische Kommunalpolitik braucht aktive Bürgerbeteiligung

Von Christel Zillmann

Dass die Bürger gerade auch bei einem so sensiblen Thema wie dem Straßenbau aktiv in die Entscheidungsfindung einbezogen werden, zählt nach unserem Verständnis zu den Grundsätzen demokratischer Kommunalpolitik.

Ganz in diesem Sinne entschied sich die Panketaler Gemeindevertretung auf Anregung der LINKEN für eine Bürgerbefragung und beschritt damit Neuland im Entscheidungsprozess. Vom 4. bis 31. Oktober 2011 hatten die Anlieger der Steenerbusch-, Solothurn-, Unterwalden- und Uristraße und des Wilhelm-Tell-Weges im „Schweizer Viertel“ die Möglichkeit, über eine Variante beim Ausbau ihrer Straßen zu entscheiden. Damit wurde den betroffenen Bürgern ein beachtliches Mitspracherecht bei den durch die gewählten Gemeindevertreter zu treffenden Entscheidungen eingeräumt.

Die Gemeindevertretung hatte für diese Befragung zu-

gleich hohe Hürden gesetzt. Mit dem Quorum 75 Prozent sowohl für die Beteiligung als auch für die Variantenentscheidung wurden anspruchsvolle Kriterien vorgegeben, aber gleichzeitig auch zugesichert, dass das unter dieser Voraussetzung erzielte Votum als Bürgerwille ohne Wenn und Aber umgesetzt wird.

Es spricht wohl in überzeugender Weise für die Bereitschaft und auch das Interesse an kommunaler Mitwirkung, dass sich nahezu 85 Prozent der Anlieger an der Befragung beteiligten und sich zugleich auch für eine der beiden Varianten entschieden.

Dass beide Kriterien erfüllt wurden, ist vor allem auch ein Verdienst der seit zwei Jahren wirkenden Bürgerinitiative um Matthias Enkelmann und Dietmar Scheerbarth. Dank ihrer klugen Informationspolitik, zahlreicher Gespräche mit den Anwohnern und nicht zuletzt ihrem konstruktiven Zusammenwirken mit dem Fachdienst Verkehrsflächen

der Gemeindeverwaltung und der Gemeindevertretung konnte erfolgreich kommunalpolitisches Neuland besritten werden.

Die Vertreter der Bürgerinitiative wollen jetzt auch die Realisierung des im kommenden Frühjahr beginnenden Straßenbauvorhabens kritisch begleiten. Die Teilnahme an den wöchentlich stattfindenden Baurapporten bietet eine gute Möglichkeit, Wünsche, aber auch kritische Hinweise zum Baugeschehen

Regenwassers vor Ort und sicheren Parkmöglichkeiten wird ein Bauvorhaben entwickelt, welches nach Ansicht aller Beteiligten gut in das „Schweizer Viertel“ passt. Es versteht sich, dass alle Bewohner des Wohngebietes sich auf die konkreten Gegebenheiten einstellen und die Vorschriften im öffentlichen Straßenverkehr zu jeder Zeit beachtet werden. Es ist zu begrüßen, wenn sich die Bürgerinitiative insbesondere um Kinder, Senioren



Bagger an der Solothurnstraße. Foto: WK

direkt auf den Tisch der Bauverantwortlichen zu packen. Mit dem Ausbaustandard der Anliegerstraßen von 5,25 m Breite bei Erhalt bzw. Neuanpflanzung von viel Grün, Versickerung des

und gehbehinderte Bürger im Straßenverkehr kümmern will. Schließlich haben es die Bürger selbst in der Hand, ob das „Schweizer Viertel“ noch bürgerfreundlicher, schöner, aber auch sicherer wird.

## Bürgerbeteiligung bei Alt-Anschließerproblematik

Von Margot Ziemann

Hunderte Einwohnerinnen und Einwohner aus Bernau und Umgebung waren gekommen, um mehr über die umstrittenen Altanschließerbeiträge des Wasser- und Abwasserverbandes WAV „Panke-Finow“ zu erfahren. Schließlich sollen sie für Investitionen in Leitungen und Anlagen des WAV seit dem Jahre 1990 rückwirkend Beiträge entrichten. Die Fraktion der LINKEN hatte diese öffentliche Einwohnerversammlung in der Stadtverordnetenversammlung initiiert. Ebenfalls auf Drängen der Fraktion erklärte sich der Bürgermeister von Bernau bereit, in seiner Doppelfunktion als Bürgermeister und stellvertretender Vorsitzender des kommunalen Zweckverbandes WAV „Panke-Finow“ öffentlich Rede und Antwort zu stehen. Stadtverwaltung und WAV versuchten, mit viel Aufwand den Bürgerinnen und Bürgern klar zu machen, dass die Altanschließer mit genau der gleichen Beitrags-

summe wie Neuanschließer belastet werden sollen. Für 500 bis 1.200 m<sup>2</sup> große Grundstücke mit zweigeschossiger Bebauung belaufen sich die Beiträge demnach auf 2.300 bis 5.500 €. Für viele, vor allem ältere Rentnerhepaare, eine hohe Belastung. Unmut wurde laut als die verschiedenen Varianten der Refinanzierung der Investitionen in das Wasser- und Abwassernetz erläutert wurden: Die Gebührenfinanzierung über erhöhte Wasserpreise für alle Abnehmer, die vom WAV favorisierte gleich hohe Beitragszahlung für Neu- und Altanschließer, ein so genanntes Optionsmodell, bei dem die Altanschließer einen reduzierten Beitrag entrichten, die Freistellung der Altanschließer von Beiträgen, dafür aber Belastung mit höheren Wasser- und Abwasserpreisen. Um das wirklich sachgerecht bewerten zu können, hätten für jede Variante Beispielrechnungen vorgelegt werden müssen, bemerkten Teilnehmer und forderten

sogar eine Volksabstimmung zu der Entscheidung. Genau dies, einen Variantenvergleich mit detaillierten Kalkulationen, auf dessen Grundlage die geeignete Lösung für die Abnehmer in die Verbandssatzung aufzunehmen ist, hatte die Stadtverordnetenversammlung Bernau wiederum auf Antrag der LINKEN den Vertretern der Stadt Bernau im WAV bereits im Mai 2011 aufgetragen. Dieser Beschluss wurde jedoch von der Verbandsversammlung nicht vollständig umgesetzt, musste der Bürgermeister kleinlaut zugeben. Es werde jetzt lediglich die Optionsvariante, d.h. eine unterschiedliche Beitragslast für Neu- und Altanschließer geprüft und kalkuliert. Es komme nicht nur auf Rechtssicherheit, sondern auf soziale Gerechtigkeit an, bemerkte daraufhin die Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann. Sie versicherte, dass die Fraktion DIE LINKE weiterhin einen umfassenden Variantenver-

gleich fordern werde. Bis dieser vorliege und geprüft sei, sollen vom WAV keine Beitragsbescheide versandt werden. Auch das sei bereits ein Beschluss der Stadtverordneten gewesen, erinnerte sie den Bürgermeister. Zeitlichem Druck müssen wir uns nicht beugen, fügte sie hinzu. Eine Verjährung von Ansprüchen tritt frühestens zum 31.12.2013 ein. Damit sei für den Verband ausreichender Handlungsspielraum gegeben.

Der WAV „Panke-Finow“ ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung, die von den angeschlossenen Gemeinden getragen wird.

Wir alle sollten gemeinsam auf die Entscheidungen der Verbandsversammlung Einfluss nehmen, um eine möglichst gerechte Lösung zu erreichen. Inzwischen hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, die mit Informationen und öffentlichem Druck auf Klärung dringt:

**Kontakt: [chhsimon@gmx.de](mailto:chhsimon@gmx.de)**

# Ziele künftiger Energiepolitik bis 2012 definiert

Seite 7

## Regierung opfert Regenwälder

OW-Beitrag/jm

Auf seiner September-Sitzung bestätigte der Umweltausschuss mehrheitlich einen Beschluss des Bundestages aus dem Jahr 2008: Deutschland soll sich am Schutz der einzigartigen Regenwälder in Ecuador finanziell beteiligen. „Die Bundesregierung muss sich an die Vorgaben des Bundestages halten und sich finanziell am Schutz der Regenwälder in Ecuador beteiligen, so wie es vor zwei Jahren beschlossen wurde.“ kommentiert Sabine Stüber, Mitglied des Umweltausschusses für die LINKEN. Sie ergänzt: „Durch ihre Ablehnung des ITT-Regenwaldprojekts in Ecuador gefährdet die Bundesregierung eine Region mit einer weltweit einzigartigen biologischen Vielfalt. Erst sprach sich die Unionsfraktion für eine Unterstützung des Regenwaldprojekts aus, nun rudert das unionsgeführte Bundesumweltministerium zurück.“

## Der Barnim darf kein zweites Wendland werden

Von Dr. Michael Luthardt

Am 30. November verabschiedete der Kreistag Barnim mit großer Mehrheit eine Resolution, welche auch auf Initiative der LINKEN zustande kam. Darin wird das Polnische Kernenergieprogramm abgelehnt und als nicht zukunftsfähig angesehen. Es wurde erschreckend deutlich, in welchem Maße der Landkreis Barnim von diesen Plänen tangiert ist. Das betrifft sowohl Transporte von Brennstoffen als auch die Entsorgung des entstandenen radioaktiven Abfalls. Durch den Landkreis verlaufen Straßen-, Schienen- und Wasserwege für überregionale Verkehre in und aus Richtung Nordwestpolen, die für Transporte in Frage kämen. Neun der 27 potenziellen Standorte werden mit Entfernungen zwischen 1,2 bis 61 Kilometern von der Landesgrenze zu Deutschland angegeben, was die Betroffenheit des Barnim deutlich macht. Im Falle einer Nuklearkatastrophe, ähnlich wie in Fukushima, wären die Folgen für die Menschen und die Umwelt unabsehbar.

## Studie zur Erarbeitung der Energiestrategie 2030 vorgestellt

OW-Beitrag/wk

Die Verfasser der Studie „Grundlagen für die Erstellung der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg“ haben kürzlich die Ergebnisse des 132 Seiten umfassenden Papiers im Ministerium für Wirtschafts- und Europaangelegenheiten den Wirtschafts- und Umweltverbänden vorgestellt. Anlässlich der Präsentation wies Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers darauf hin, dass die Ergebnisse und Szenarien dieser Studie dazu dienen, politische Beschlüsse zu fassen, die in der Energiestrategie 2030 zusammengefasst werden. „Die Studie enthält Maßnahmenempfehlungen und Szenarien, die derzeit ausgewertet werden, sie ist nicht die Energiestrategie selbst. Die Ziele der künftigen Energiepolitik werden nun definiert, konkrete Beschlüsse dazu hat die Landesregierung noch nicht gefasst“, sagte Christoffers. „Voraussetzung für den Vorrang und den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien ist deren Systemintegration, einer der wichtigsten Aspekte der Energiestrategie 2030, also die Anpassung der Erneuerbaren Energien an die bestehenden Wärme- und Stromversorgungsnetze“, fügte der Minister hinzu. „Dazu wird nicht nur der beschleunigte Ausbau der Netzinfrastruktur notwendig sein, sondern auch die Entwicklung von Speichertechnologien, damit die Energie aus Wind und Sonne rund um die Uhr zur Verfügung stehen kann.“ Der Minister bekräftigte, dass

die fossilen Energieträger für diesen Prozess so lange zur Unterstützung gebraucht werden, bis die Erneuerbaren Energien grundlastfähig geworden seien. Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung in der Energiepolitik der vergangenen Monate haben die Autoren der Studie aktuelle Daten und die Eckwerte der Energiestrategie der Bundesregierung ausgewertet. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse dienen als Grundlage, um politische Rahmenbedingungen zu formulieren, die eine Klima schonende Energieerzeugung und sozialverträgliche Energieversorgung in Brandenburg sicherstellen sollen. Leitmotiv der Studie ist das sogenannte energiepolitische Zielviereck aus Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Akzeptanz und Beteiligung. „Es gilt als sicher, dass die Energiepreise weiter steigen werden, daher wird die Frage nach der sozialverträglichen Gestaltung der Energiepolitik immer bedeutender. Dies gilt auch für den sparsamen und effizienten Umgang mit Energie. Diese Aufgaben müssen im Dialog mit den Bürgern unter der Berücksichtigung von wirtschafts- und umweltpolitischen Gesichtspunkten erfüllt werden. Entscheidend unterstützt wird dieser Dialog durch die Energiekonzepte der regionalen Planungsgemeinschaften. Darin ist vorgesehen, die energiepolitischen Ziele der Landesregierung in den Regionen zu vermitteln - ein Konzept, das bundesweit einmalig ist“, sagte Minister

Christoffers.

Die Autoren der Institute A.T. Kearney und Decision Institute haben in einem intensiven Diskussionsprozess mit zahlreichen Multiplikatoren eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Szenarienziele entwickelt. Darin enthalten sind insbesondere Vorschläge für 15 Leitprojekte. Sie haben ihrer Studie zudem Zielszenarien für die künftige Struktur der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg entwickelt und mögliche quantitative Ziele abgeleitet. Diese können in die Energiestrategie Eingang finden.

### Die wesentlichen Ergebnisse sind:

- Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis 2030 auf bis zu 35 Prozent.
- Brandenburg könnte damit rein rechnerisch seinen und den gesamten Strombedarf des Landes Berlin aus Erneuerbaren Energien decken.
- Der Primärenergieverbrauch (PEV) ließe sich bis 2030 um 34 bis 38 Prozent gegenüber 2007 senken, vorausgesetzt, die Braunkohleverstromung am Standort Jämschwalde liefe aus.
- Geringer fiele die Senkung des PEV aus, wenn ein geringer dimensioniertes Kraftwerk gebaut oder wenn die Braunkohleverstromung bei gleichzeitiger Verpressung von CO<sub>2</sub> fortgesetzt würde.
- Der Endenergieverbrauch könnte durch Maßnahmen der Gebäudesanierung und im Verkehr um 14 bis 17 Prozent gegenüber 2007 sinken.
- Das Ziel der Energiestrategie

2020, den energiebedingten CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2030 auf 22,8 Millionen Tonnen zu begrenzen, wird knapp verfehlt. Dies begründet sich vor allem durch die stark veränderten Rahmenbedingungen, die sich seit der Erstellung der Energiestrategie 2020 im Jahr 2007 ergeben haben. Beispielsweise waren damals noch keine Gaskraftwerke in Planung. Genauso wenig war der Atomausstieg geplant, der jetzt zu einer Neubewertung der fossilen Energieträger geführt hat. Zur Erstellung der Energiestrategie werden weitere Gutachten herangezogen, die wirtschaftspolitische Aspekte beleuchten. Nach der Fertigstellung des Entwurfs der Energiestrategie 2030 Anfang 2012 wird er Wirtschafts- und Umweltverbänden für Stellungnahmen zur Verfügung gestellt.

### Definitionen:

**Primärenergie:** Zur Gewinnung von nutzbaren Energieträgern (z.B. Strom, Fernwärme, Benzin) eingesetzte Rohenergie

**Endenergie:** Vom Endverbraucher genutzte o. g. Energieträger (= Primärenergie abzüglich aller Umwandlungsverluste, des Eigenverbrauchs von Kraftwerken und Raffinerien und des Einsatzes von Rohenergie für nichtenergetische Zwecke).

**Die Studie „Grundlagen für die Erstellung der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg“** finden Sie im Internet unter: [www.energie.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.205016.de](http://www.energie.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.205016.de)

## Castor-Transport: LINKE protestiert mit

OW-Beitrag/jm

Seit dem 23. November war die Bundestagsfraktion der LINKEN bei den Protesten gegen den Castor-Transport im Wendland vertreten: Mit zwei Fahrzeugen, die Aktivistinnen und Aktivisten transportierten, und die heiße Getränke und einen Platz zum Ausruhen bereit hielten. Die LINKEN im Wendland ist begeistert über den Einsatz der 25.000 Demonstranten, die gegen den Castortransport demonstrierten. Allein auf die Kundgebung in Dan-



enberg kamen über 20.000 Menschen. Ein Sprecher der Fraktion sagte: „Der Wider-

stand gegen die Atomenergie ist ungebrochen – und die Bundesregierung wird mit

ihrem faulen Endlagerzauber nicht durchkommen.“

Foto: Archiv Bundestagsfraktion

## Neues Internetportal für Jugendliche freigeschaltet

OW-Beitrag/gz

Jugendstaatssekretär Jungkamp und Landesjugendring schalten Internet-Portal [www.machs-ab-16.de](http://www.machs-ab-16.de) frei und starten Videowettbewerb.

Susanne Netzel, Vorstandssprecherin des Landesjugendrings Brandenburg, der Koordinator des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung, Jugendstaatssekretär Burkhard Jungkamp und Jean-Pierre Winter von der Potsdamer Agentur ‚medienlabor‘ stellten Ende Oktober in Potsdam das neue Internetportal vor. Dort können sich Jugendliche ab zwölf Jahren über das Projekt „Wählen mit 16“ informieren und sich mit Videoclips, Umfragen oder Forenbeiträgen an der Diskussion über die Absenkung des Wahlalters beteiligen. Es ist ab sofort freigeschaltet.

Susanne Netzel: „Jugendliche sind nicht faul oder haben keine Lust sich zu beteiligen. Im Gegenteil, dort wo Jugendliche erleben, dass ihren Meinungen und Wünschen echtes Interesse entgegengebracht wird, beteiligen sie sich sehr gern und mit hohem Engagement. Der Landesjugendring Brandenburg e.V. begrüßt daher das Vorhaben, das aktive Wahlalter in Brandenburg auf 16 Jahre abzusenken. Wir sind stolz darauf, mit dieser Internet-Seite jungen Menschen in Brandenburg umfassende Informationen über ihre Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten.“

Ziel ist es, mit dieser Plattform junge Menschen in Brandenburg umfassend über ihre politischen Mitbestimmungsrechte zu informieren und ihnen einen Überblick über den derzeitigen Diskussionsstand zum „Wahlalter 16“ zu ermöglichen. Darüber hinaus werden gezielt junge Menschen zu Themen in ihrer Lebenswelt befragt, wie sie beispielsweise zu einer Absenkung des Wahlalters stehen oder was für sie politische Mitbestimmung bedeutet. Dazu werden unterschiedliche Formate wie Videoclips und das Web 2.0 genutzt.

# Schluss mit dieser Kampagne!

Die LINKE Barnim erklärt ihre Solidarität mit dem Jugendclub „DOSTO“

Von Sebastian Walter  
Der Kreisvorsitzende der Partei DIE LINKE Barnim, Sebastian Walter, fordert Péter Vida auf, nicht belegbare Behauptungen und Verleumdungen gegen den Jugendclub „DOSTO“ zu unterlassen und mit seiner persönlichen Kampagne endlich Schluss zu machen. Die Stadtverwaltung Bernau und der Trägerverein des „DOSTO“-bif e.V. haben mehrmals klargestellt, dass

Broschüre“ verfasst hätte. Die behauptete Verantwortlichkeit des „DOSTO“ bzw. seines Trägervereins ist demnach nicht haltbar. „Herr Vida ist bis jetzt jeden Beweis für seine Behauptungen schuldig geblieben. Der von ihm kolportierte Tatbestand der Volksverhetzung ist unerträglich und entbehrt jeder Grundlage. Herr Vida weiß ganz genau, dass der Jugendclub nichts mit der Broschüre zu tun hat.

es zu keinen Veruntreuungen von öffentlichen Geldern durch den Jugendclub kam. Der Jugendclub hat in verschiedenen Gesprächen mit politischen Akteuren Missverständnisse aus dem Weg geräumt und falsche Darstellungen von Herrn Vida mit Tatsachen widerlegt. Daraus, dass die „Antifa Bernau“ sich dem „DOSTO“ verbunden fühlt, kann nicht geschlussfolgert werden, dass der Club die „Antifa-

Trotz allem scheint er um jeden Preis zu versuchen, seine persönlichen Interessen sogar unter Ausnutzung öffentlicher Einrichtungen und des Stadtparlamentes durchsetzen zu wollen, um unliebsame Kritiker aus dem Weg zu räumen.“ so der Kreisvorsitzende der LINKE Barnim. Die LINKE Barnim steht in diesem Konflikt solidarisch an der Seite des Jugendclubs „DOSTO“.

## Wie ich zur LINKEN kam

Von Alexander Merten  
Hallo, ich bin ein 16 Jahre alter Junge, der seit September 2011 Mitglied der Linken ist. Da ich ein Neuling bin und mich viele noch nicht kennen, möchte ich mich ein wenig vorstellen. Früher war die Politik nie wirklich ein wichtiges Thema für mich. Ich interessierte mich weder für das Kommunalgeschehen noch für die Politik auf Bundesebene. Es ist der Genossin Margitta Mächtigt zu verdanken, dass ich in

die Partei eingetreten bin. Die sozialen Missstände in Deutschland, der Rettungsschirm und die zunehmende rechte Gewalt sind Probleme, mit denen ich mich insbesondere beschäftigen möchte. Mir ist bewusst, wie es gerade um die Alterssituation in der Partei steht. Des Weiteren habe ich es mir zum Ziel gesetzt, weitere Jugendliche für Politik, vor allem für die linke Richtung, zu interessieren. Auch die Wahl der Stadtverordneten

in Eberswalde wird meine rege Unterstützung finden, da ich der Gruppe „Links aktiv“ angehöre. Ich würde mich sehr auf eine politische Zusammenarbeit mit den Genossen freuen.

Alexander Merten  
Foto:PH



## Märchen sind nicht aus der Mode

OW-Beitrag/ml  
Aus Anlass des bundesweiten Vorleseabends am 18. November 2011 besuchte der Landtagsabgeordnete der LINKEN Dr. Michael Luthardt wieder die Max-Kienitz-Grundschule in Britz. Gleich dreimal stand jeweils eine Vorlesestunde in der 3., 4. und 5. Klasse auf dem Programm. Michael Luthardt hatte sich



Dr. M. Luthardt beim Lesen. Foto: JM

für klassische Märchen von Hans Christian Andersen entschieden, die doch ob der vielen neuen Medien etwas in Vergessenheit geraten sind.

Es war aber ein gewisses

Risiko, denn besonders in der 5. Klasse gehen die Interessen doch schon in andere Richtungen.

Umso überraschender war es, dass die Schülerinnen und Schüler sehr intensiv dem Märchen vom „Kleinen hässlichen Entlein“ lauschten. Ging es doch um die Ausgrenzung von einem Entchen aus der Gemeinschaft, nur weil es nicht so aussieht wie die anderen. Kommt dies nicht auch in Kindergemeinschaften vor? Natürlich wollten die Kinder auch wissen, was ein Landespolitiker so macht. Michael Luthardt erzählte aus seinem Alltag im

Landtag und im Wahlkreis und erklärte die Sitzverteilung im Landtag. Der Vorleseabend in der Schule in Britz war wieder eine sehr gelungene Veranstaltung

– Fortsetzung folgt.

## Werben für's Sterben nicht im Barnim, nirgends

OW-Beitrag/gz  
Deutschland führt Krieg in Afghanistan und ist auch sonst sehr rege in der Welt unterwegs. Damit dabei nicht das Personal ausgeht, wirbt die Bundeswehr aktiv an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie in den Arbeitsagenturen. Auch im Barnim ist die Bundeswehr auf Rekrutenjagd. Am 24.11. wurde sie zum Beispiel vorgestellt in der Bundesagentur in Eberswalde.

Die Bundeswehr wirbt dabei mit attraktivem Gehalt, kostenloser, ja sogar bezahlter Ausbildung und Studium. Sie nutzt damit gezielt die Perspektivlosigkeit junger Menschen, die angesichts hoher Arbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzunsicherheit sowie des zunehmend teurer werdenden Studiums in eine unsichere Zukunft

blicken müssen. Die Bundeswehr ist nicht der normale Arbeitgeber, für den sie sich gern ausgibt. Was die Bundeswehr betreibt, ist Werben fürs Sterben. Über hundert Soldat/innen der

Bundeswehr sind bereits im Auslandseinsatz umgekommen. Die Zahl der schwer kriegstraumatisierten zurückkehrenden Soldaten/innen nimmt stetig zu.

Die Bundeswehr hat sofort ihre Rekrutierungskampagne einzustellen, insbesondere hat sie nichts an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zu suchen. Das perfide Werben direkt in den Bundesagenturen ist einzustellen. Wir fordern alle Schulen und andere Bildungseinrichtungen im Barnim dazu auf, über eine so genannte Zivilklausel nachzudenken, die es der Bundeswehr verbietet, bei ihnen an der Schule aktiv zu werden.

Die Linksjugend[,solid] Barnim beteiligt sich an der Kampagne [www.bundeswehr-raus.de](http://www.bundeswehr-raus.de) und wird der Bundeswehr bei ihren Aktivitäten im Barnim genau auf die Finger schauen und es sich gegebenenfalls nicht nehmen lassen, Aktivitäten der Bundeswehr im Barnim aktiv zu begleiten.

[www.solidbarnim.blogspot.de](http://www.solidbarnim.blogspot.de)

# Parteiprogramm der LINKEN

Seite 9

## Linksfraktion im Ortsteil Ladeburg

OW-Beitrag /bm

Im Oktober lud die Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Bernau, Dr. Dagmar Enkelmann, traditionell zur thematischen Sitzung in den Ortsteil Ladeburg ein. Bei einem Rundgang durch Ladeburg benannte Ortsvorsteher Horst Seefeld einige Schwerpunkte, die die Bürgerinnen und Bürger bewegen. Zum einen stagnieren gegenwärtig die Planungen für den Einkaufsmarkt „An der Plantage“, der aber dringend gebraucht wird. Auch der Gehwegbau im Kirschgarten/Fichtestraße geht nicht voran, da Fragen zu Fördermitteln durch das Land nicht geklärt sind. Bei der Besichtigung des eingerüsteten Kirchendachstuhls aus dem 15. Jahrhundert erläuterte Joachim Bork, wie kostenaufwendig die Reparatur des Daches ist, an der sich auch die Stadt Bernau beteiligt. Michael Tress vom SV Blau-Weiß Ladeburg informierte über die aktuellen Probleme im Zusammenhang mit dem Sportplatz. Es gibt Überlegungen, den Trainingsbetrieb in den Wintermonaten auf die Bernauer Sportanlagen zu verlegen. Ein weiteres Problem: Es gibt 438 Kinder und Jugendliche in Ladeburg und nur zwei Spielplätze für kleinere Kinder. Wo können die älteren Kinder und Jugendlichen hin – außer in Sportvereinen und Feuerwehr? fragt Rosel Wunderlich-Marsing. Bei der Konzeption neuer Wohnviertel sollte auch auf diesen Aspekt geachtet werden. Für die Senioren organisiert zwar Barbara Thaute Fahrten, jedoch im täglichen Leben fehlt ein Ort, wo Ältere sich mal treffen können. Das könnte man schon bei den Planungen für den Einkaufsmarkt berücksichtigen. Auch der Gesang kommt in Ladeburg nicht zu kurz und Harald Winter berichtete über die Arbeit des Männergesangsverein „Teutonia“ und den großen Anklang beim Publikum. Das Fazit dieser Fraktionssitzung lautet: „Es liegt viel Arbeit vor uns.“ so Dagmar Enkelmann am Ende der Fraktionssitzung. Der Einladung des Ortsbeirates für einen nächsten Besuch kommt die LINKEN gern nach.

## Die wichtigsten Beschlüsse im Überblick

OW-Beitrag

### Finanzkrise

Die LINKE tritt für ein dreigliedriges Bankensystem aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und verstaatlichten Großbanken ein. Den Banken soll der Handel mit Wertpapieren und die Spekulation mit Derivaten verboten werden. Den umstrittenen Hedge-Fonds soll die Geschäftstätigkeit in Deutschland verboten werden, alle Finanztransaktionen sollen mit einer Steuer belegt werden.

### Steuern

Die Vermögenssteuer soll in Form einer Millionärssteuer wiedereingeführt werden, und zwar in Form von fünf Prozent auf private Vermögen. Zudem wird eine deutliche Anhebung der Erbschaftssteuer auf große

Vermögen vorgeschlagen.

### Sozialpolitik

An die Stelle von Hartz IV soll nach dem Willen der LINKEN ein am früheren Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld und eine bedarfsdeckende Mindestsicherung treten. Sie soll nicht mit Sanktionen verknüpft sein. Abschaffen will die LINKE außerdem die Rente mit 67.

### Wirtschaft und Arbeit

Strukturbestimmende Großbetriebe will die LINKE in „demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen“ überführen.

Zudem gehörten die Daseinsvorsorge, die gesellschaftliche Infrastruktur und die Energiewirtschaft in die öffentliche Hand.

Hier wird eine demokrati-

sche Kontrolle vorgeschlagen. Die LINKE tritt außerdem für einen Mindestlohn von mindestens 10 € pro Stunde ein.

### Krieg und Frieden

Die LINKE fordert in ihrem Programm die Auflösung der NATO. Sie soll durch ein kollektives Sicherungssystem unter Beteiligung Russlands ersetzt werden. Deutschland müsse auf jeden Fall aus den militärischen Strukturen der NATO austreten. Kampfeinsätze der Bundeswehr soll es nicht mehr geben, stattdessen soll ein „Willy-Brandt-Corps“ für zivile Maßnahmen geschaffen werden.

### Regierungsbeteiligungen

Die LINKE knüpft eine künftige Beteiligung an Regierungen an enge Bedingungen: „An einer

Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“

### Drogen

Die LINKE fordert langfristig eine Legalisierung aller Drogen. Dies sei im Zuge einer „rationalen und humanen Drogenpolitik“ erforderlich. In einem Zusatzbeschluss stellte die Partei allerdings klar, dass damit nur die kontrollierte Abgabe harter Drogen an Süchtige gemeint ist. Der Handel mit harten Drogen soll weiterhin verboten bleiben.

## Steine ohne Grenzen im Bernauer Stadtpark

Internationales Bildhauersymposium

Von Margot Ziemann  
Ich mag den Spaziergang im Bernauer Stadtpark mit seinen Wallanlagen im Herbst ganz besonders. Das bunte Herbstlaub strahlt mit der Sonne um die Wette. In diesem Jahr aber bietet der Stadtpark eine besondere Attraktion. Acht Skulpturen ganz unterschiedlicher künstlerischer Art machen den Spaziergang zu einem Kunsterlebnis. Sie sind das Ergebnis eines internationalen Bildhauersymposiums, das auf Anregung des Kunst-

Ländern im Bernauer Stadtpark an ihren Skulpturen gearbeitet. „Steine ohne Grenzen“ hieß das Thema, mit dem sich die Künstler auseinandersetzten. Es schließt sich an die Idee einer völkerverbindenden Straße der Skulpturen von Paris bis Moskau an, die der Humanist und Bildhauer der Moderne Otto Freundlich bereits in den 1920er Jahren entwickelte. Er wollte mit dieser Straße der Skulpturen ein sichtbares Zeichen für die Abkehr von Krieg und

dieser Straße fortgesetzt. Sechs Schülerinnen und Schüler des Paulus-Prätorius- und des Barnim-Gymnasiums wollten an dieser Idee teilhaben. Sie versuchten sich unter Anleitung der Künstler erstmals daran, ihre künstlerischen Ideen in den Stein zu hauen. Das Ergebnis überraschte sie selbst und sicher auch alle Betrachter. Ein Bild in den Stein hauen, sich auf diese physische und ideelle Art ein Bild von der Welt zu machen, gehört zu den ersten und sicher schwersten künstlerischen Entäußerungen des Menschen.

Kultur-Staatssekretär Martin Gorholt bezeichnete zur offiziellen Eröffnung Ende Oktober das Symposium als eine „wunderbare und grandiose Idee“. Dass das Symposium eine öffentliche Angelegenheit mitten im Stadtpark war, dass die Bernauer Bürgerinnen und Bürger den Künstlern bei der Arbeit zusehen und an der Entstehung der Bildwerke teilhaben konnten, wurde besonders gelobt. Staatssekretär Gorholt lenkte den Blick auch auf die in Bernau vorhandenen Skulpturen aus der Waldsiedlung. Er hob hervor, dass die Stadt an

einem anspruchsvollen Konzept zur Einbindung aller Kunstobjekte und Kunstformen arbeite. Lobenswert ist auch, dass 10 Firmen und Unternehmen aus dem Barnim, unter anderen durch den Transport der tonnenschweren Steine aus ganz Eurpa, das Bildhauersymposium erst möglich machten und unterstützten. Lob gab es allerdings nicht allenthalben. Einige der teilnehmenden Künstler kritisierten, dass sie ihr ursprüngliches Konzept nicht hätten umsetzen können. Dr. Dagmar Enkelmann, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, und Christine Poppitz (Fraktion DIE LINKE), Vorsitzende des Bernauer Kulturausschusses, sagten zu, diese Irritationen aufzuklären. Das Ergebnis des Symposiums jedoch kann sich sehen lassen. Beschreiben kann man es nicht. Die Spur der Steine muss man selbst erleben und begreifen. Mein Rat also: Ein Spaziergang im Bernauer Stadtpark ist jetzt besonders lohnenswert.

Die „Steine ohne Grenzen“ muss man besuchen und „begreifen“.



Dagmar Enkelmann mit Künstlern im Gespräch. Foto: MZ

kurators Prof. Pöschel und auf Beschluss der Bernauer Stadtverordneten veranstaltet wurde.

Vier Wochen lang hatten sieben Künstler aus sechs

Gewalt und für das friedliche Zusammenleben von unterschiedlichen Völkern und Nationen setzen. In Bernau wurde nun, fast 90 Jahre später, ein Teilstück

## Kosten der Unterkunft: Angemessenheit der Betriebskosten nach dem SGB II

Von Kerstin Mutz  
Ausschussvorsitzende  
Gesundheit, Senioren und Soziales im Kreistag Barnim

Arbeitshinweise für die Angemessenheit der Betriebskosten bei der Berechnung der Leistungen nach dem SGB II wurden am 21. September im Kreistag Barnim verabschiedet, auch auf Forderung und mit Unterstützung der LINKEN. Dennoch sollten sie dringend überarbeitet werden. Der Gesetzgeber gibt gemäß SGB II vor, dass jeweils Einzelfallprüfungen vorzunehmen sind, in denen die Angemessenheit des Verbrauchs festgelegt wird. Die Prüfung der Angemessenheit der Betriebskosten erfolgt anhand der Abrechnung vom Vorjahr sowie der Durchschnittsverbräuche in den umliegenden Wohnungen. Bestenfalls wird ferner die Betriebskostenverordnung (BetrKV vom 25.11.2003, BGBl S.2346f) herangezogen. Dies führt aber häufig zu Rechtsstreitigkeiten, da das Jobcenter Barnim zwar die Angemessenheit prüft, eine Überschreitung dann aber generell für unangemessen hält, ohne sich mit den konkreten Verhältnissen in der einzelnen Wohnung (Leerstand im Haus, Fensterzustand, wie viele Außenwände usw.) zu beschäftigen. Die LINKE hat aus folgenden Gründen einen Pauschalbetrag gefordert:

1. Hartz IV – Empfänger sollen selbstbestimmt und eigenverantwortlich leben und handeln können.
2. Die Frage der Begriffe: Angemessenheit und Unangemessenheit müssten nicht ausgelegt und angewandt werden.

Da es der LINKEN bei der letzten Änderung gelungen ist, die jährliche Überprüfung der Kosten der Unterkunft – Angemessenheit der Betriebskosten – anhand der aktuellen Rechtsprechung durchzusetzen, sehen wir nach Ablauf eines Jahres die Chance, weitere Verbesserungen für die Betroffenen zu erreichen und werden deshalb zeitnah einen entsprechenden Entwurf in den Kreistag einbringen.

# Größere Gemeinden lösen keine Zukunftsprobleme

Biesenthaler Gesprächsrunde diskutierte Fragen einer Strukturreform

OW/ mm/sw  
Am 7. Oktober trafen sich auf Einladung des kommunalpolitischen Forums Land Brandenburg (kf) Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zum Biesenthaler Gespräch. In ihrem Eingangsvortrag machte die Vorsitzende des kf, Margitta Mächtigt, deutlich, dass eine Fortsetzung von Strukturreformen, die letztlich eine weitere Zusammenlegung von Ortsteilen und Gemeinden bedeutet, die Zukunftsprobleme in den Kommunen nicht lösen wird. Abgesehen davon, dass die Effektivitätsgewinne vergangener Reformen bis heute nicht dargestellt werden konnten, sind nach ihrer Ansicht Vergrößerungen von Gemeindestrukturen kontraproduktiv für die weitere

Entwicklung der direkten Demokratie vor Ort. „Ein Kommunalpolitiker wird nur dann wirklich mit Sachkunde entscheiden können, wenn er



Margitta Mächtigt, Vorsitzende des kommunalpolitischen Forums. Foto: mm

die Probleme vor Ort auch durch eigenes Erleben und Erfahrungen bewerten kann. Alles andere ist ein Verlassen auf Verwaltungsvorlagen,

was die politische Selbstverwaltung der Kommunen aushebelt“, stellte sie klar. In der anschließenden Diskussion, an der sich auch der

Bürgermeister der Stadt Werneuchen Burkhard Horn (DIE LINKE) und der Amtsdirektor Dirk Protzmann (Amt Joachimsthal) beteiligten, wurde deutlich,

dass es notwendig ist, weiter zu denken. Burkhard Horn stellte klar: „Allein die Vergrößerung von Strukturen ändert nichts an dem

Einwohnerschwund Brandenburgs und nichts an den geringeren Finanzmitteln für die Kommunen.“ Wichtiger, so der Ortsvorsteher von Schwanebeck, Lutz Grieben, ist es, die Entscheidungsbefugnisse der Ortsbeiräte zu erhöhen.“

Dirk Protzmann machte deutlich: Umso weiter man in die ländlichen Bereiche kommt, desto wichtiger ist es, auf ehrenamtliches Engagement zu setzen. Das aber setzt voraus, dass die Menschen vor Ort für ihren Ort entscheiden können. Alles andere lähmt die Zivilgesellschaft, das kann nicht gut für unsere Orte sein.

Die LINKE wird auf allen Ebenen die politischen Diskussionen begleiten und an ihrer kritischen Position festhalten.

## Die LINKE wirkt!

11 Millionen € mehr für Bildung im Landeshaushalt geplant

OW-Beitrag/sw  
Die Koalitionsfraktionen im Landtag haben sich auf umfangreiche Änderungen für den Bildungs- und Wissenschaftshaushalt im kommenden Jahr geeinigt. Rund 11 Millionen € mehr als ursprünglich im Haushaltsentwurf geplant, werden im Jahr 2012 investiert. Insgesamt werden die Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft bis zum Jahr 2015 um 2,6 Millionen € weniger gekürzt als geplant. Die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion die LINKE, Gerrit Große, unterstreicht: „Gute Bildung für alle Kinder von Anfang an ist die wichtigste Voraussetzung für die Verwirklichung von Lebenschancen. Deshalb haben wir uns entschlossen, trotz angespannter Haushaltslage

weitere Verbesserungen im Bereich Bildung und Wissenschaft vorzunehmen.“ Die Landtagsfraktionen von SPD und LINKE haben folgende Maßnahmen auf den Weg gebracht und folgende Änderungen zum Haushalt beschlossen: Die Förderung der Kinder mit besonderen Bedarfen muss in den Kindertageseinrichtungen einsetzen. Zentral ist dabei die Sprachförderung. Bei 29 Prozent der 5-Jährigen wurden vor der Einschulung sprachliche Defizite diagnostiziert. Deshalb wird die Sprachförderung im Kita-Alltag gestärkt und das Kita-Personal entsprechend qualifiziert. Diese Sprachförderung soll nicht erst im letzten Kita-Jahr vor der Einschulung, sondern bereits

**29 Prozent der 5-Jährigen mit sprachlichen Defiziten: Sprachförderung in den Kitas wird gestärkt und Kita-Personal entsprechend qualifiziert.**

früher durchgeführt werden, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Dafür werden im kommenden Haushaltsjahr zusätzlich 1 Million € bereitgestellt. Damit Kitas sich künftig besser auf die Ausbildung von Quereinsteigern einstellen können, werden Mittel für

Anleitung und Ausbildung bereitgestellt. Mit insgesamt 750.000 € können Kita-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter in dafür auszuwählenden Ausbildungskitas freigestellt werden, damit die Ausbildung noch intensiver erfolgen kann. Das Lehrpersonal muss

auf die neuen Herausforderungen vorbereitet werden: Es gilt, die Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Fähigkeit bei der Unterrichtung von heterogenen Klassen zu stärken und ihnen weitere Kompetenzen für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu vermitteln. Für Fortbildungen werden im Jahr 2012 zusätzlich 1 Million € zur Verfügung gestellt. Die Kürzungen für Schulen in freier Trägerschaft werden reduziert. Die Grundschulen sollen 2012 400.000 € mehr gegenüber dem bisherigen Entwurf erhalten, die Oberschulen 100.000 € mehr. Die LINKE bleibt dabei, dass Bildung und Wissenschaft Priorität in der Entwicklung des Landes haben, trotz der angespannten Haushaltslage.

## Gerichtsstrukturen: zukunftsfähig und bürgernah

Von: Margitta Mächtigt  
Mit dem Gesetzentwurf der rot-roten Koalition geht eine sieben Jahre währende Hängepartie zu Ende. Endlich wird die Verunsicherung aller Rechtsuchenden und Justizbediensteten beendet. Die Landesregierung hat sich mit ihrem Gesetzentwurf aus guten Grün-

den dafür entschieden, die Gerichtsstandorte im ganzen Land bürgernah zu erhalten. Mit der Neuausrichtung der Justizstrukturen sind die vier Landgerichtsbezirke annähernd gleich groß und den prognostizierten demografischen Entwicklungen angemessen. Unangemessene Zentralisierungsvorhaben

mit längeren Fahrtwegen und unklaren Einsparungen sind ad acta gelegt. Drohende finanzielle Mehraufwendungen für die Bürgerinnen und Bürger, etwa durch ein zentrales Grundbuchamt, werden konsequent vermieden. Auch das ist ein gutes Signal für Bedienstete und Rechtsuchende.

Jetzt können auch die aufgestauten Umbau- und Sanierungsarbeiten, wie beispielsweise am Amtsgericht Königs Wusterhausen oder am Justizstandort in Eberswalde, zügig abgebaut werden. Damit werden sich die Arbeits- und Nutzungsbedingungen deutlich verbessern.

# Ideenwettbewerb startet

Innovative Gesundheitsdienstleistungen – Wirtschafts- und Gesundheitsministerium loben Wettbewerb gemeinsam aus

OW-Beitrag/ ph

Am 24. Oktober startete der Ideenwettbewerb ProVIEL-Gesundheitsdienstleistung, den das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten und das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz gemeinsam ausloben. Der Wettbewerb richtet sich an kleine und mittelständische Unternehmen aus Brandenburg: Gesucht werden innovative und marktgerechte Gesundheitsdienste, die gemeinsam mit Gesundheitsanbietern wie Krankenhäusern, Reha-Kliniken, niedergelassenen Ärzten oder medizinischen Versorgungszentren die Patientenversorgung verbessern, den Ressourceneinsatz optimieren und so die Gesundheitskosten senken. Schon die gemeinsame Auslobung des Ideenwettbewerbes zeigt, welche Bedeutung das Thema innovative Gesundheitsdienstleistungen für die brandenburgische Landesregierung hat. Brandenburg steht aufgrund der

demographischen Entwicklung und regional großer Unterschiede in der Bevölkerungsdichte vor großen Herausforderungen. Das betrifft auch die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung als Teil der Daseinsvorsorge.

**Bis zu 100.000 € kann ein Projekt erhalten, das von einem mittelständischen brandenburgischen Unternehmen eingereicht wird.**

ge. Ein verstärkter Einsatz innovativer Gesundheitsdienstleistungen wird hierbei zukünftig unabdingbar sein. Wirtschaftsminister Ralf Christoffers erklärte: „Durch den Einsatz neuester Technologien im Gesundheitswesen können vereinfachende, qualitätssteigernde und kostensenkende Effekte erreicht werden. Deshalb wollen wir die praktische Nutzung dieser Technologien in Unternehmen und Gesundheitseinrichtungen stärken. Der Ideenwettbewerb

ist dafür ein wichtiger Schritt. Darin geht es um den Aufbau von Dienstleistungen unter Verwendung von IT-Lösungen durch brandenburgische mittelständische Unternehmen.“

Gesundheitsministerin Anita Tack betonte: „Damit die Gesundheitsversorgung auch in der Zukunft in ganz Brandenburg in guter Qualität gesichert werden kann, brauchen wir innovative Lösungen. Große Chancen sehe ich in der Entwicklung der Telemedizin, von der Hausärzte und Fachärzte, vor allem aber die Patientinnen und Patienten profitieren. Der Einsatz moderner Technologien wird auch neue Kooperationen zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich ermöglichen. Hier hoffe ich auf gute Ideen aus dem Wettbewerb.“ Neue Wertschöpfungsmodelle können zum Beispiel durch die Nutzung innovativer Krankenhausinformationssysteme, elektronischer Patientenakten oder digitaler

Befunddokumentation entwickelt werden. Aber auch telemedizinische Dienste in den Bereichen Teleradiologie, Telepathologie oder Telemonitoring können interessante Projekte im Wettbewerb sein. Die besten Einreichungen haben die Chance auf eine Unterstützung bis zu 100.000 € pro Projekt. Mit einer Ideen-Skizze von maximal zehn Seiten können sich Brandenburger Unternehmen am Ideenwettbewerb beteiligen. **Einsendeschluss ist der 24. Februar 2012.** Die nominierten Ideen werden der Jury vorgesellt, die am 3. März 2012 ihre Entscheidung fällt. Im Falle einer Förderung erfolgt die Zuwendung als projektgebundene Anteilfinanzierung. Die Projektlaufzeit sollte sechs Monate nicht überschreiten. Die Höhe der Zuwendung beträgt bis zu 75 Prozent der förderfähigen Ausgaben. Je Unternehmen darf nur ein Antrag gestellt werden. Weitere Informationen unter: [www.proviel.brandenburg.de](http://www.proviel.brandenburg.de)

## Offene Worte um Heimerziehung

Schriftstellerin Nicole Glocke bei Enkelmann

OW-Beitrag/ bm

Die Schriftstellerin Nicole Glocke, 1969 in Bochum geboren, hat eine bewegte Familiengeschichte. Als Tochter des Westspions der Staatssicherheit, Karl-Heinz Glocke, musste sie im Alter von neun Jahren die Verhaftung ihres Vaters miterleben. Tage zuvor war Werner Stiller, Oberleutnant in der MfS-Hauptverwaltung Aufklärung, mit Koffern voller Dokumente in den Westen übergelaufen. Das recherchierte Nicole Glocke viele Jahre später. Im Verlauf ihrer Nachforschungen lernte sie Edina Stiller, die Tochter Werner Stillers, kennen. Gemeinsam mit ihr entstand das autobiographische Buch „Verratenen Kinder“.

**Betroffen in der DDR: Rund 300.000 Kinder und Jugendliche**

Später stieß Nicole Glocke, wie sie beim Talk „Offene Worte mit Dagmar Enkelmann“ schilderte, auf das Thema Heimerziehung. Rund 300.000 Kinder und Jugendliche sollen in der DDR in 450 staatlichen

Kinderheimen, 35 Spezialheimen und 30 Jugendwerkhöfen aufgewachsen sein. Im Buch von Nicole Glocke „Erziehung hinter Gittern“ schildern Betroffene, wie sie den geschlossenen Jugendwerkhof Torgau im wahrsten Sinne des Wortes als Hölle erlebten. Heimerziehung in der DDR sei allerdings nicht nur mit Übergriffen verbunden gewesen, wurde aus dem Publikum eingewandt. Deutlich wurde, dass es bei den Debatten über dieses Geschichtskapital noch Nachholbedarf gibt. Insofern sind Recherchen über diese Zeit wichtig.

Bis Ende 2011 soll nunmehr ein Entschädigungsfonds für ehemalige Heimkinder von 120 Millionen € eingerichtet werden - bisher jedoch nur für Betroffene in westdeutschen Heimen. Paradox daran sei auch, merkte Dagmar Enkelmann an, dass der Anteil des Bundes am Fonds aus dem Budget des Familienministeriums abgezweigt werden soll.

## Wie weiter mit der Tagespflege?

LINKE sucht nach Lösungen im Barnim

Von Kerstin Berbig, Kreistagsabgeordnete, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Die Tagespflegemütter und -väter leisten eine gute und wichtige Arbeit in der Betreuung und Erziehung unserer Kinder. Gerade was die Betreuung von Kindern im Alter von 0-3 Jahren angeht, sind sie im Barnim nicht mehr wegzudenken. Der Vorteil liegt klar auf der Hand: Es gibt eine individuelle Betreuung, da im Höchstfall nur 5 Kinder betreut werden. Die Atmosphäre ist familiär und die Kinder werden in einer ruhigen Umgebung betreut. Wie aber stehen wir zu den Forderungen der Tagesmütter und -väter nach mehr finanzieller Unterstützung? Das Hauptproblem sehe ich darin, dass es nicht zu einer ruhigen und konstruktiven Debatte mit dem Jugendamt und den gewählten Mitgliedern des Kreistages gekommen ist. Es werden Forderungen aufgemacht was in anderen Landkreisen oder Berlin bezahlt wird, aber es

wird nicht danach gefragt woher kommt das Geld, kann sich der Landkreis das leisten? Es ist aus meiner Sicht wichtig das Gespräch zu suchen, Lösungsvorschläge zu unterbreiten und eine gemeinsame Richtlinie zu erstellen, die sowohl für den Landkreis tragbar ist, aber auch die Belange der Tagespflegepersonen fair regelt. Die Kreistagsfraktion der LINKEN hat in einer gemeinsamen Sitzung mit den betroffenen Tagespflegepersonen Forderungen, Mängel und Verbesserungsvorschläge gesammelt und möchte diese in die gemeinsame Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Pflegerichtlinie einbringen und so zu einer Lösung für alle Seiten beitragen. Wir haben uns aber auch dafür ausgesprochen, dass es keine Besserstellung gegenüber Kitaerzieherinnen geben wird, denn beide leisten einen großen Beitrag zur Erziehung unserer Kinder und sind aus dem täglichen Leben nicht wegzudenken.

## „Patientenquittung“, oder: Wie teuer bin ich für meine Krankenkasse?

Von Bernd Grieger

Die Reformen in der gesetzlichen Krankenversicherung überschlagen sich immer schneller. So genannte Jahrhundertwerke verkümmern in Jahresabständen. So wird in diesen Tagen der Gesetzentwurf zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung im Deutschen Bundestag beraten. Sollte dieser Entwurf noch als Gesetz zum 1. Januar 2012 in Kraft treten, stehen neuerlich Ausgabensteigerungen in exorbitanter Höhe bevor. Kaum erinnerlich ist noch das Gesetz mit dem Titel: Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Dieses gilt bereits ab dem Jahre 2004. Ganz weit hinten im Sozialgesetzbuch V (SGB V) findet sich im § 305 eine Vorschrift, die die Auskünfte an Versicherte regelt. So hat die Krankenkasse auf Antrag des Versicherten über die im jeweils letzten Geschäftsjahr in Anspruch genommenen Leistungen und deren Kosten zu unterrichten. Auch die Krankenhäuser unterrichten die Versicherten auf Verlangen schriftlich in verständlicher Form innerhalb von vier Wochen nach Abschluss der Krankenhausbehandlung über die erbrachten Leistungen und die dafür von den Krankenkassen zu zahlenden Entgelte. Wenn wir jetzt schon mit einigem Grimm unseren anteiligen Beitragssatz, der höher als der Anteil unseres Arbeitgebers ist, entrichten, alsbald einen der Höhe nach unbegrenzten Zusatzbeitrag zu zahlen haben, sollten wir uns jetzt doch als Beteiligte und Betroffene des Systems stärker aktiv einbringen. Wir beantragen die Auskunft über die durch uns entstandenen Kosten! Fühlen wir uns mal wie Privatversicherte! Überdies werden wir in Zukunft sehr kritisch den jährlichen Rechenschaftsbericht unserer Krankenkasse über die Verwendung der Mittel lesen, der in der Mitgliederzeitschrift veröffentlicht werden muss. Hier sind auch die Verwaltungskosten der Krankenkasse gesondert auszuweisen, und, ganz wichtig, welchen Beitragsatzanteil diese Ausgaben haben.

